

Abstimmungsvorlagen

11. März 2007

**2 Gemeinsame Trägerschaft der
Universität Basel**

**3 Änderung von § 52 der
Kantonsverfassung**

■ Inhaltsverzeichnis

Kurz und bündig 3

An die Stimmberechtigten 4

2 Gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel

Erläuterungen des Regierungsrates 5

Vertrag 11

Landratsbeschluss 27

3 Änderung von § 52 der Kantonsverfassung

Erläuterungen des Regierungsrates 29

Verfassungsänderung 31

■ Kurz und bündig

Universitätsvertrag

Der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) ist für den Kanton Basel-Landschaft von hoher bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Eine starke Universität ist ein herausragender Standortfaktor für eine auch künftig erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region. Mit dem neuen Universitätsvertrag wird Basel-Landschaft in jeder Hinsicht gleichberechtigter Partner bei der Führung und Steuerung der Universität. Die Finanzierungsbeiträge der beiden Trägerkantone an die Universität wurden nach einem ausgewogenen, fairen Modell ermittelt.

Der Universitätsvertrag soll - nach der Genehmigung in der Volksabstimmung - rückwirkend per 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Änderung Kantonsverfassung (§ 52 Verwandtenausschluss)

Die Bestimmung von § 52 der Kantonsverfassung regelt unter dem Titel "Verwandtenausschluss" die Nichtwählbarkeit von Verwandten, Ehegatten und Verschwägerten in die gleiche kantonale Behörde.

Die Revision dieser Verfassungsbestimmung steht im Zusammenhang mit dem neuen Rechtsinstitut der Eintragung der Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Sie bewirkt die Gleichstellung von Personen in eingetragener Partnerschaft und deren Verwandten und Verschwägerten mit Ehegatten und deren Verwandten und Verschwägerten.

Personen in eingetragener Partnerschaft und ihre Verwandten und Verschwägerten sollen - gleich wie Ehegatten und deren verwandte und verschwägte Personen - nicht gemeinsam in die gleiche Behörde wählbar sein.

■ An die Stimmberechtigten

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Landratsbeschluss betreffend **Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel** (Abstimmung Nr. 2) unterliegt gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung der obligatorischen Volksabstimmung, da der Landrat diesen Beschluss mit weniger als vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder beschlossen hat.

Die **Änderung von § 52 der Kantonsverfassung ("Verwandtenausschluss")** (Abstimmung Nr. 3) unterliegt gemäss § 30 Buchstabe a der Kantonsverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

Der Regierungsrat hat zu beiden Vorlagen **Erläuterungen** beschlossen.

Die Redaktion und Herausgabe der vorliegenden Broschüre besorgte die Landeskanzlei.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

■ **Erläuterungen des Regierungsrates zur Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel**

Abstimmungsfrage (Stimmzettel 2)

Wollen Sie den Landratsbeschluss vom 13. Dezember 2006 betreffend Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die **gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel** vom 27. Juni 2006 annehmen?

Deshalb braucht es den Universitätsvertrag

Der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) bildet die Basis für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Universität. Unsere ganze Region braucht eine starke und innovative Universität. Die Universität ist ein wesentlicher Baustein im ganzheitlichen Bildungsangebot unseres Kantons. Zusammen mit der Fachhochschule Nordwestschweiz und dem ETH-Zentrum für Biosysteme leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zu einem dynamischen und florierenden Forschungs-, Wirtschafts- und Kulturstandort.

Die Universität Basel weist in Lehre und Forschung einen hohen Standard auf und ist international anerkannt. Die Bedeutung der Universität soll zum Wohl der gesamten regionalen Wirtschaft und Gesellschaft aufrecht erhalten werden. Dies bedarf zusätzlicher Anstrengungen, weil der Wettbewerb um gute Standortbedingungen im nationalen und internationalen Umfeld zunehmend härter wird. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, engagieren sich die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt in einer gemeinsamen Trägerschaft für die Universität. Der Universitätsvertrag ist somit auch ein Meilenstein und ein wichtiges Signal für eine funktionierende Partnerschaft zwischen den beiden Kantonen.

Baselland wird in allen Punkten zum gleichberechtigten Partner in der Trägerschaft der Universität.

Der neue Universitätsvertrag hat zudem gute und tragfähige Rahmenbedingungen für die Medizinische Fakultät geschaffen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Spitzenmedizin in unserer Region, aber auch für die Sicherstellung der guten medizinischen Versorgung der breiten Bevölkerung.

Der Universitätsvertrag ist insgesamt für unseren Kanton von hoher bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher Tragweite und Bedeutung. Im Interesse eines attraktiven Lebensraumes und eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes braucht es eine starke Universität und damit den Universitätsvertrag. Nur so wird die Universität langfristig ihre im nationalen und internationalen Vergleich starke Position halten und ausbauen und damit zum Wohl der gesamten Region beitragen können.

Basel-Landschaft wird zum Universitätskanton

Im Jahre 1976 sprach sich die Baselbieter Bevölkerung erstmals und mit einer klaren Mehrheit von 78% für ein erhöhtes finanzielles Engagement zu Gunsten der Universität Basel aus. Seit vielen Jahren ist der Anteil der jungen Menschen aus Baselland, die an der Universität studieren, höher als derjenige aus Basel-Stadt. Mit den Finanzbeiträgen wuchs in unserem Kanton über die Jahre auch der Wille zur Mitbestimmung in Belangen der Universität. Schon im geltenden Universitätsvertrag von 1994 hat der Landrat den Regierungsrat verbindlich beauftragt, einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und der Beteiligung bis hin zu einer Mitträgerschaft anzustreben. Verschiedene Zwischenschritte und langjährige Verhandlungen waren nötig, um diesen Auftrag definitiv umzusetzen. Nun ist der Zeitpunkt für die vollumfängliche gemeinsame Trägerschaft gekommen.

Die Universität Basel ist die älteste Universität der Schweiz. Sie wird die erste Universität sein, die von zwei Kantonen gemeinsam und gleichberechtigt finanziert und geführt wird. Als neuer Universitätskanton wird Baselland zudem einen stärkeren Einfluss in der gesamtschweizerischen Hochschul- und Forschungspolitik erhalten und über deren künftige Ausrichtung mitbestimmen können.

Das bleibt und das wird neu mit dem Universitätsvertrag

Die Universität behält ihren bewährten Status als selbständige Rechtspersönlichkeit. Innerhalb des vom Staatsvertrag und vom Leistungsauftrag gesetzten Rahmens ist sie in der Gestaltung ihrer Organisation, Abläufe und Kompetenzen weitgehend autonom. Bisher hat jedoch allein der Kanton Basel-Stadt der Universität einen Leistungsauftrag erteilt, der jährlich erneuert wurde. Neu handeln beide Kantonsregierungen gemeinsam einen mehrjährigen Leistungsauftrag für die Universität aus, der anschliessend durch beide Parlamente beraten und genehmigt wird. Die Oberaufsicht über die Universität führen beide Kantone gemeinsam und im Universitätsrat verfügen sie über gleich viele Sitze.

Die gemeinsame Steuerung umfasst auch die Medizinische Fakultät und insbesondere die Spitzenmedizin. Die Kosten für die klinische Lehre und Forschung sind erstmals in der Schweiz im Detail erhoben und von denjenigen der Gesundheitsversorgung und Dienstleistung ausgeschrieben worden. Ein Steuerungsgremium, dem die Sanitätsdirektoren beider Kantone sowie die Universität angehören, regelt das Zusammenwirken an der Schnittstelle zwischen Universität und Kliniken. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sich die Strategie der Universität mit derjenigen der Spitäler deckt.

Mit der gemeinsamen Trägerschaft ist eine Erhöhung des Betriebsbeitrags der beiden Kantone für die Universität verbunden. Die Studierendenzahl ist in den letzten fünf Jahren um rund 30% gestiegen, sie umfasst inzwischen über 10'000 Studierende. Mit dem zusätzlichen Beitrag kann sich die Universität gemäss ihrer Strategie weiterentwickeln, bessere Betreuungsverhältnisse für ein erfolgreiches Studium bieten und insbesondere auch ihren Schwerpunkt in den Life Sciences stärken.

Ab 2008 wird das Personal der Universität, das bisher mehrheitlich bei der Pensionskasse Basel-Stadt versichert ist, über eine eigene Vorsorgelösung verfügen. Als verbindliches Kostendach gilt dabei der Standard der Basellandschaftlichen Pensionskasse.

Mit der gemeinsamen Trägerschaft übernehmen die beiden Kantone überdies auch gemeinsam die Verantwortung und die Finanzierung für die Liegenschaften der Universität. Über künftige Neubauten entscheiden beide Kantone gemeinsam.

Das sind die Kosten

In intensiven partnerschaftlichen Verhandlungen haben sich die Regierungen auf den Finanzierungsschlüssel für die Universität geeinigt. Grundlage dafür bilden die von den beiden Kantonsregierungen zuvor ausgehandelten Standards. Die Standards regeln die finanziellen und inhaltlichen Grundsätze und Kriterien für den Lastenausgleich zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Mechanismen der Mitbestimmung über die Leistungen. Erstmals wurde damit eine bikantonale Trägerschaft nach den Grundsätzen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) und der gesamtschweizerischen interkantonalen Rahmenvereinbarung ausgehandelt. Der Finanzierungsschlüssel berücksichtigt einerseits die Zahl der Studierenden aus den beiden Trägerkantonen, andererseits eine Anrechnung von gewissen Standortvorteilen, die Basel-Stadt aus der Universität erzielt. Während den ersten sieben Jahren erhält Baselland zudem eine Ermässigung auf die Kosten.

Die Finanzierungsbeiträge der beiden Trägerkantone an die Universität wurden somit nach einem ausgewogenen, fairen Modell ermittelt. Basis ist eine transparente Vollkostenrechnung. Baselland trägt mit 127.5 Millionen Franken im ersten Jahr der gemeinsamen Trägerschaft rund ein Viertel zu den Gesamtkosten der Universität von rund 500 Millionen Franken pro Jahr bei, Basel-Stadt mit 125.5 Millionen Franken ein weiteres Viertel. In den Vollkosten inbegriffen sind neu auch die Abgeltung für die von der Universität genutzten Liegenschaften, die Kosten für die Medizinische Fakultät sowie eine Erhöhung des Globalbeitrags für den Betrieb der Universität in den Jahren 2007 bis 2009. Gegenüber dem Jahr 2006 erhöht sich der Beitrag von Basel-Landschaft um insgesamt rund 16 Millionen Franken. Weitere Beiträge kommen vom Bund, den anderen Kantonen, aus Drittmitteln und aus Gebühren, die die Universität erhebt.

Die Beiträge des Bundes an die Universität gemäss Universitätsförderungsgesetz werden jeweils erst im Folgejahr ausbezahlt. Bisher hat der Kanton Basel-Stadt diese Beiträge im Umfang von rund 60 Millionen Franken pro Jahr allein vorfinanziert. In der Eröffnungsbilanz der Universität wird dieser Beitrag als offizielles Darlehen des Kantons Basel-Stadt aufgenommen. Mit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird sich der Kanton Basel-Landschaft an dieser Vorfinanzierung zur

Hälfte mit einem Darlehen von 30 Millionen Franken beteiligen. Das Darlehen ist zinslos; eine Rückzahlung ist primär dann vorgesehen, wenn der Bund seine Finanzierungsmethodik ändert oder wenn ein weiterer Träger dazustösst. Auch das Darlehen wurde vom Landrat mit deutlicher Mehrheit genehmigt.

Das nach gesamtschweizerischen Grundsätzen ausgestaltete Finanzierungsmodell bildet eine gute Ausgangsbasis für den künftigen Einbezug weiterer Kantone in die Trägerschaft und Finanzierung der Universität. Die Aufnahme entsprechender Verhandlungen ist geplant.

Vernehmlassung

Die vor Abschluss des Universitätsvertrages durchgeführte Vernehmlassung verlief sehr positiv und hat eine breite grundsätzliche Zustimmung ausgelöst. Einzelne Punkte aus der Vernehmlassung fanden Aufnahme in den definitiven Vertrag.

Auch im Landrat haben sich alle Parteien im Grundsatz für die gemeinsame Trägerschaft der Universität ausgesprochen. Die ablehnenden Stimmen kritisierten im wesentlichen drei Punkte: Die bisher noch nicht erfolgreiche Einbindung der Kantone Aargau und Solothurn in die Mitträgerschaft, die Höhe der Abgeltung von Zentrumsleistungen sowie den Namen der Universität.

Inkraftsetzung des Vertrags

Der Universitätsvertrag soll - vorbehaltlich der Genehmigung in der Volksabstimmung - rückwirkend per 1. Januar 2007 in Kraft treten. Die entsprechenden Mittel sind im kantonalen Budget vorgesehen und vom Landrat bereits genehmigt worden.

Regierungsrat und Parlament empfehlen ein JA zum Universitätsvertrag

Der Regierungsrat und der Landrat haben dem Universitätsvertrag zugestimmt, letzterer mit über 70% Ja-Stimmen (57 zu 23 Stimmen bei 1 Enthaltung). Weil das für die Genehmigung von Staatsverträgen nötige Vierfünftelmehr nicht erreicht wurde, wird der Universitätsvertrag nun dem Volk unterbreitet.

Liestal, 16. Januar 2007

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Wüthrich
der Landschreiber: Mundschin

Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel- Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel

Vom 27. Juni 2006

Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt vereinbaren:

Erstes Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Universität Basel

¹ Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt (nachfolgend Vertragskantone) führen in gemeinsamer Trägerschaft die Universität Basel (nachfolgend Universität).

² Die Universität ist eine bikantonale öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit dem Recht auf Selbstverwaltung im Rahmen dieses Vertrags und des Leistungsauftrags der Regierungen der Vertragskantone.

³ Die Universität orientiert sich an den internationalen Standards, berücksichtigt die Bundesgesetzgebung, interkantonale Vereinbarungen und wo notwendig die kantonalen Gesetzgebungen der Vertragskantone.

⁴ Studierende aus den Vertragskantonen sind beim Zugang zur Universität gleichberechtigt.

⁵ Die Universität hat ihren Sitz in Basel.

⁶ Die Vertragskantone streben die Erweiterung der Trägerschaft der Universität an.

§ 2 Zweck der Universität

Die Universität ist eine Stätte der wissenschaftlichen Lehre, Forschung und Dienstleistung. Sie erfüllt ihre Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit und achtet die Würde des Menschen und der Natur.

§ 3 Wissenschaftsfreiheit

Die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ist gewährleistet.

§ 4 Zusammenarbeit und Koordination

¹ Die Universität arbeitet mit in- und ausländischen Universitäten sowie anderen Bildungs- und Forschungseinrichtungen zusammen, insbesondere mit der Fachhochschule Nordwestschweiz.

² Sie koordiniert ihre Tätigkeit mit anderen Institutionen der Bildung und Forschung auf Hochschulstufe, namentlich bei den Studiengängen und in den Forschungsbereichen.

³ Sie fördert den Austausch von Studierenden, Lehrenden und Forschenden aus dem In- und Ausland.

§ 5 Förderung von Forschung und Wissenstransfer

¹ Die Universität fördert die Grundlagenforschung und den Wissenstransfer zu Unternehmen und Institutionen.

² Die Universität kann sich zur Förderung von Forschung, Lehre und Wissenstransfer im Rahmen des Leistungsauftrags an Unternehmungen beteiligen.

§ 6 Dienstleistungen an die Regierungen der Vertragskantone

Die Regierungen der Vertragskantone können Mitglieder des Universitätslehrkörpers oder Universitätsinstitute mit Gutachtenaufträgen oder der Erbringung anderer Dienstleistungen beauftragen, ohne dass dafür besonders Rechnung gestellt wird, soweit die mit dem Budget bewilligten Ressourcen der betreffenden universitären Gliederungseinheiten dies erlauben.

§ 7 Leistungsauftrag

¹ Die Regierungen der Vertragskantone erteilen der Universität, vertreten durch den Universitätsrat, nach Konsultation dieses Gremiums, in der Regel vierjährige Leistungsaufträge.

² Der Leistungsauftrag legt insbesondere fest:

- a. die allgemeine universitätspolitische Zielsetzung;
- b. die von der Universität zu erbringenden Leistungen sowie die Kriterien der Zielerreichung;
- c. die zugeteilten Mittel für die Auftragsperiode;
- d. die jährlichen Beiträge;
- e. die Modalitäten der Berichterstattung.

³ Wird der Leistungsauftrag nicht rechtzeitig vor Ablauf der vereinbarten Dauer von den Vertragskantonen erneuert, gilt er mit den in Absatz 2 Buchstaben a, b, und e genannten Inhalten bis zur Erneuerung des Leistungsauftrages weiter. Bezüglich Finanzierung gilt § 33 Absatz 5.

⁴ Über die Erfüllung des Leistungsauftrags, die Verwendung der Finanzierungsbeiträge und den Rechnungsabschluss erstattet die Universität den Regierungen der Vertragskantone jährlich Bericht.

⁵ Die Universität kann Angebote im Bereich der Forschung, Lehre oder Dienstleistung im Auftrag eines einzelnen Vertragskantons führen.

§ 8 Akademische Grade und Titel

Die Universität verleiht akademische Grade und Titel.

§ 9 Universitätsgut

¹ Der Kanton Basel-Stadt stellt der Universität das Universitätsgut, bestehend aus den gemäss Universitätsgutsgesetz vom 16. Juni 1999 zugehörigen Liegenschaften sowie den Sammlungen und dem Inventar der Öffentlichen Bibliothek und der universitären Institute, zur Verfügung, soweit dieses für den Betrieb der Universität nötig ist.

² Die Betriebs- und Unterhaltskosten des zur Verfügung gestellten Universitätsgutes gehen zu Lasten der Universität.

³ Das Universitätsgut ist grundsätzlich unveräusserlich. Über Ausnahmen entscheidet der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Soweit die Nutzungsrechte und Bedürfnisse der Universität tangiert sind, ist die Zustimmung der Universität erforderlich. Der Erlös aus einer allfälligen Veräusserung wird zweckgebunden, in Anrechnung an den Finanzierungsbeitrag von Basel-Stadt, für Investitionen und Anschaffungen bei der Universität (z.B. für Investitionen in von der Universität genutzten Liegenschaften) verwendet.

⁴ Für die Liegenschaften und Sammlungen der Museen des Kantons Basel-Stadt gelten weiterhin die Bestimmungen des Museumsgesetzes vom 16. Juni 1999. Der Zugang zu diesen Sammlungen für die Angehörigen der Universität zum Zwecke der Lehre und Forschung bleibt gewährleistet.

⁵ Über den Bestand des der Universität zur Verfügung gestellten Universitätsgutes erstellt der Kanton Basel-Stadt ein Inventar.

§ 10 Öffentliche Bibliothek der Universität

¹ Die Öffentliche Bibliothek der Universität Basel ist Teil der Universität.

² Bei denjenigen Objekten der Universitätsbibliothek, die vor dem 1. Januar 1996 erworben wurden, gelangt § 9 Absatz 3 des vorliegenden Vertrags zur Anwendung. Über spätere Erwerbungen kann die Universität im Rahmen des Leistungsauftrags frei verfügen.

§ 11 Archivierung

Die Universität sorgt für die Archivierung ihrer Dokumente unter Berücksichtigung der Archivgesetzgebungen der Vertragskantone.

Zweites Kapitel: Zulassung zum Studium und Gebühren

§ 12 Zulassung und Ausschluss

¹ Die Universität regelt die Zulassung zum Universitätsstudium und legt das Lehrprogramm sowie die Grundlagen zum Erwerb bzw. zum Entzug von Graden und Titeln fest. Sie orientiert sich dabei an den Bestimmungen des Bundesrechts, den Beschlüssen der zuständigen nationalen Gremien und der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.

² Zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen können, neben immatrikulierten Studierenden, Hörer und Hörerinnen zugelassen werden.

³ Die Universität trifft geeignete Massnahmen für die Einhaltung der disziplinarischen Regeln. Als äusserste Massnahme ist bei schwerwiegenden Verstössen der dauernde Ausschluss vom Studium an der Universität möglich.

§ 13 Zulassungsbeschränkungen

¹ Die Universität kann, soweit und solange dies mit Rücksicht auf ein ordnungsgemässes Studium oder auf ihre Aufnahmefähigkeit erforderlich ist, nach Anhörung des Rektorates, der betroffenen Fakultät und der Regenz, für bestimmte Studiengänge die Zulassung sowie die Dauer derselben beschränken.

² Bei Zulassungsbeschränkungen entscheiden Kriterien wie die Eignung für das Studium. Namentlich bei Inhaberinnen und Inhabern von ausländischen Vorbildungsausweisen können bei Bedarf weitere Kriterien geltend gemacht werden.

³ Zulassungsbeschränkungen müssen von den Regierungen der Vertragskantone genehmigt werden.

§ 14 Gebühren

Die Universität erlässt eine Regelung über die Erhebung von Universitätsgebühren unter Berücksichtigung folgender Grundsätze:

- a. Die Gebühren tragen zur Deckung der Kosten der Universität bei und sind so zu bemessen, dass sie den Zugang zum Studium nicht beeinträchtigen.
- b. Die Höhe der Gebühren für Studierende orientiert sich an den Gebühren an anderen Hochschulen in der Schweiz. Die Höhe der Studiengebühren darf die gemäss der Interkantonalen Universitätsvereinbarung festgesetzte Höchstgrenze für Studiengebühren nicht überschreiten.
- c. Für Studierende, die ihren Wohnsitz im Sinne der Interkantonalen Universitätsvereinbarung ausserhalb der Vereinbarungskantone haben und für die kein Kanton oder Staat Lastenausgleichszahlungen leistet, kann die Universität höhere Studiengebühren bis hin zur Kostendeckung erheben.

- d. Erfolgt eine Zulassungsbeschränkung durch das Verfahren eines Aufnahme- oder Eignungstests, können dafür von den Studienanwärterinnen und Studienanwärttern Gebühren bis hin zur Kostendeckung verlangt werden.
- e. Leistungen im Bereich der universitären Aus- und Weiterbildung, Leistungen sozialer und kultureller Einrichtungen sowie die Nutzung der Infrastruktur der Universität sind kostendeckend in Rechnung zu stellen. Ausnahmen beschliesst der Universitätsrat.

Drittes Kapitel: Angehörige der Universität

§ 15 Angehörige und deren Mitbestimmung

¹ Angehörige der Universität sind Studierende und Mitarbeitende.

² Die Angehörigen der Universität haben Anspruch auf angemessene Information und Mitbestimmung. Der Universitätsrat erlässt im Statut der Universität nähere Vorschriften.

§ 16 Gleichstellung der Geschlechter

¹ Frauen und Männer sind auf allen Ebenen und in allen Prozessen der Universität gleichberechtigt und auf allen Hierarchiestufen ausgewogen vertreten.

² Die Universität trifft geeignete Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils auf der Ebene der Dozierenden.

³ Die Universität unterstützt die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie.

§ 17 Soziale und kulturelle Einrichtungen

Die Universität kann für ihre Angehörigen soziale und kulturelle Einrichtungen führen oder unterstützen.

§ 18 Anstellungsverhältnisse

¹ Die Anstellungsverhältnisse mit den Mitarbeitenden der Universität werden durch öffentlich-rechtliche Verträge geregelt. Bei Vorliegen triftiger Gründe kann die Universität in Einzelfällen privatrechtliche Arbeitsverhältnisse begründen.

² Der Universitätsrat regelt die Anstellungs- und Dienstverhältnisse. Die Eckwerte der Anstellungsbedingungen werden durch die Regierungen der Vertragskantone genehmigt.

³ Die Universität stellt im Rahmen der von den Vertragskantonen dafür zur Verfügung gestellten Mittel die berufliche Vorsorge ihres Personals sicher. Über die Wahl der Vorsorgeinstitution entscheidet der Universitätsrat im Einverständnis mit dem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung.

⁴ Für die von den Spitälern angestellten Angehörigen der Medizinischen Fakultät gelten die Anstellungsbedingungen des jeweiligen Spitals.

Viertes Kapitel: Zuständigkeit kantonaler Behörden

§ 19 Parlamente der Vertragskantone

¹ Die Parlamente der Vertragskantone haben die Oberaufsicht über die Universität. Ihnen obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a. Genehmigung des Leistungsauftrags und des Globalbeitrags;
- b. Kenntnisnahme der Berichterstattung zum Leistungsauftrag;
- c. Wahl ihrer Mitglieder in der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission gemäss § 20.

² Beschlüsse gemäss Absatz 1 Buchstabe a und b kommen nur zustande, wenn ihnen die Parlamente beider Vertragskantone zustimmen.

§ 20 Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission

¹ Die Vertragskantone setzen eine interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission ein.

² Die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission ist gemeinsames Organ der Oberaufsicht der Vertragskantone.

³ Das Parlament jedes Vertragskantons wählt für die Dauer der jeweiligen kantonalen Legislaturperiode sieben Parlamentsmitglieder in die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission.

⁴ Die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission konstituiert sich selbst.

⁵ Die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a. Sie überprüft den Vollzug des Staatsvertrags und erstattet den Parlamenten Bericht.
- b. Sie prüft die Berichterstattung zum Leistungsauftrag und nimmt den Geschäftsbericht und den Revisionsbericht zur Kenntnis.
- c. Sie lässt sich vom Universitätsrat im Rahmen ihrer Zuständigkeiten rechtzeitig und umfassend informieren.
- d. Sie kann die Regierungen ersuchen, den Parlamenten der Vertragskantone Änderungen des Staatsvertrags oder besondere obergangsrechtliche Massnahmen zu beantragen.
- e. Sie kann den Finanzkontrollen der Vertragskantone Aufträge erteilen.

⁶ Die Parlamente der Vertragskantone können ihr im Rahmen des Oberaufsichtsrechts gemeinsam weitere Zuständigkeiten und Kompetenzen übertragen.

§ 21 Regierungen der Vertragskantone

¹ Die Regierungen der Vertragskantone stellen die wirksame Aufsicht über die Universität sicher. Ihnen obliegen insbesondere folgende Aufgaben, die sie durch übereinstimmende Beschlüsse wahrnehmen:

- a. Beschluss über den Leistungsauftrag zuhanden der Parlamente;
- b. Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Universitätsrats;
- c. Festlegen der Vergütung des Universitätsrats;
- d. Kenntnisnahme der Berichterstattung zum Leistungsauftrag;
- e. Festlegen der Modalitäten und Kenntnisnahme von Jahresabschluss und Geschäftsbericht;
- f. Genehmigung der Eckwerte der Anstellungsverhältnisse;
- g. Genehmigung der Zulassungsbeschränkungen;
- h. weitere Aufgaben, die ihnen durch diesen Vertrag zugewiesen sind.

² Jede Regierung wählt je vier oder fünf der stimmberechtigten Mitglieder des Universitätsrats.

- a. Für ein Mitglied des Universitätsrats besteht ein Vorschlagsrecht der Regenz.
- b. Das Präsidium wird von den beiden Regierungen gemeinsam bestimmt.

§ 22 Finanzaufsicht

¹ Die Finanzkontrollen der Vertragskantone können in Ausübung der Finanzaufsicht in alle Akten und Daten der Universität Einsicht nehmen. Die Prüfungsaktivitäten werden von den beteiligten Finanzkontrollen gemeinsam direkt mit dem Rektorat koordiniert.

² Die Finanzkontrollen der Vertragskantone können in Ausübung der Finanzaufsicht in alle Akten vor Ort Einsicht nehmen, welche zur Überprüfung der im Zusammenhang mit den Abrechnungen der klinischen Lehre und Forschung der Universitätsspitäler und universitären Kliniken erstellten Kosten- und Leistungsberechnungen notwendig sind. Die Prüfungsaktivitäten werden von den beteiligten Finanzkontrollen gemeinsam direkt mit den entsprechenden Spitaldirektionen koordiniert.

³ Ihre Berichterstattung richtet sich nach den Bestimmungen im Vertragskanton.

⁴ Zusätzlich unterbreiten die Finanzkontrollen ihren Bericht den Regierungen, dem Universitätsrat, dem Rektorat, den Spitaldirektionen und der Finanzkontrolle des anderen Vertragskantons.

Fünftes Kapitel: Organe der Universität und ihre Aufgaben**§ 23 Organe**

Obligatorische Organe der Universität sind:

- a. der Universitätsrat;
- b. das Rektorat;
- c. die Regenz;
- d. die Fakultäten;
- e. die Revisionsstelle.

§ 24 Universitätsrat

¹ Der Universitätsrat ist das oberste Entscheidungsorgan der Universität und übt die Aufsicht über sie aus. Er wird jeweils für eine Amtsperiode gewählt, die der Dauer der Leistungsauftragsperiode entspricht. Wiederwahl ist möglich.

² Er besteht aus neun oder elf stimmberechtigten Mitgliedern und setzt sich zusammen aus Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft sowie Kultur. Sie dürfen nicht der Universität angehören. Auf einen angemessenen Frauenanteil ist zu achten. Rektor bzw. Rektorin, Verwaltungsdirektor bzw. Verwaltungsdirektorin und Sekretär bzw. Sekretärin des Universitätsrates sind Mitglieder mit beratender Stimme.

³ Aus wichtigen Gründen können die Regierungen der Vertragskantone die von ihnen gewählten Mitglieder des Universitätsrats jederzeit abberufen. Der Präsident bzw. die Präsidentin kann durch übereinstimmende Beschlüsse der Regierungen abberufen werden.

§ 25 Aufgaben des Universitätsrates

Der Universitätsrat

- a. ist verantwortlich für die Umsetzung des Leistungsauftrags und die Einhaltung des Budgets;
- b. definiert in Absprache mit dem Rektorat und nach Anhörung der betroffenen Fakultäten und der Regenz die strategische Ausrichtung und die Entwicklungsschwerpunkte der Universität;
- c. regelt die Organisation der Universität in einem Statut, das insbesondere die Zusammensetzung und Kompetenzen der verschiedenen universitären Organe und die Ausgestaltung der inneruniversitären Rechtswege festlegt;
- d. legt die Personalpolitik fest und unterbreitet den Regierungen der Vertragskantone die Eckwerte der Anstellungsbedingungen zur Genehmigung;
- e. überwacht die Qualität der Leistungen der Universität;
- f. entscheidet
 - nach Anhörung der entsprechenden Fakultäten und für die Medizinische Fakultät nach der Vorberatung im Strategischen Ausschuss Medizin (SAM) über die Schaffung und Aufhebung von Extraordinariaten und Ordinariaten;
 - nach Anhörung der entsprechenden Fakultäten über die Schaffung und Aufhebung von Studiengängen;

- g. ist Wahlbehörde für
- die Ordinarien und Extraordinarien nach Anhörung der Fakultäten und für die Medizinische Fakultät nach der Vorberatung im SAM;
 - den Verwaltungsdirektor bzw. die Verwaltungsdirektorin auf Antrag des Rektorats;
 - den Sekretär oder die Sekretärin des Universitätsrats;
 - die Rekurskommission für Verfügungen aller inneruniversitären Instanzen;
 - die Revisionsstelle;
- h. kann nach Anhörung der Fakultäten und für die Medizinische Fakultät nach Vorberatung im SAM die von ihm gewählten Personen aus wichtigen Gründen abberufen, resp. in der Medizinischen Fakultät die Professur aberkennen;
- i. erlässt die notwendigen Ordnungen, insbesondere
- eine Personalordnung
 - eine Ordnung betreffend die Universitätsgebühren
 - eine Ordnung betreffend die Berufungsverfahren
 - die Zulassungsbeschränkungen nach Anhörung des Rektorates, der betroffenen Fakultäten und der Regenz;
- j. genehmigt
- das Wahlverfahren und die Wahl des Rektors bzw. der Rektorin und der Vizerektoren bzw. Vizerektorinnen auf Antrag der Regenz;
 - den Voranschlag, den Jahresabschluss, den Geschäftsbericht und die Berichterstattung zum Leistungsauftrag und bringt diese den Regierungen der Vertragskantone zur Kenntnis;
 - die Studienordnungen sowie die Ordnungen über Weiterbildung, Prüfungen und erforderliche Studienleistungen;
- k. bestimmt
- die Grundsätze für die Zusammenarbeit mit Dritten
 - die Grundsätze für die sozialen und kulturellen Leistungen
- l. schliesst Vereinbarungen ab, insbesondere die Vereinbarung über die Aufgaben und Kompetenzen des gemeinsamen Steuerungsausschusses Medizin;
- m. stellt den Regierungen und den Finanzkontrollen der Vertragskantone den Revisionsbericht zu;
- n. erfüllt die weiteren Aufgaben, die ihm durch diesen Vertrag zugewiesen sind.
- o. Für Entscheide, Beschlüsse und Wahlen im Bereich der Medizin gilt § 31.

§ 26 Rektorat

¹ Das Rektorat führt die gesamtuniversitären Geschäfte.

² Es repräsentiert die Universität nach aussen und vertritt sie in den schweizeri-

schen sowie in den internationalen akademischen Hochschulgremien.

³ Das Rektorat nimmt Stellung zu allen Anträgen inneruniversitärer Gremien an den Universitätsrat.

§ 27 Regenz

¹ Die Regenz nimmt Stellung zu gesamtuniversitären akademischen Fragen sowie zu Entwicklungsschwerpunkten und Zielvorgaben.

² Sie wählt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Universitätsrats die Mitglieder des Rektorats mit Ausnahme des Verwaltungsdirektors bzw. der Verwaltungsdirektorin.

³ Sie hat bei der Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Universitätsrates das Vorschlagsrecht an die Regierungen.

⁴ Sie wird angehört bei Änderungen des Universitätsstatuts.

§ 28 Fakultäten

¹ Fakultäten sind fächerübergreifende akademische Gremien.

² Die Fakultäten stellen in ihrem Bereich die Qualität von Lehre, Forschung und Dienstleistung sicher.

³ Die Fakultäten erlassen die Studienordnungen und die Ordnungen über die Weiterbildung, Prüfungen und erforderliche Studienleistungen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Universitätsrat.

§ 29 Revisionsstelle

¹ Die Revisionsstelle prüft das Rechnungswesen der Universität, erstattet dem Universitätsrat Bericht und stellt Antrag auf Genehmigung oder Rückweisung des Jahresabschlusses.

² Sie prüft im Weiteren

- a. die Ordnungsmässigkeit und Richtigkeit der Informationen, die von der Universität über ihre Tätigkeit erarbeitet werden;
- b. das richtige und zweckmässige Funktionieren der Planungs-, Kontroll-, Steuerungs- und Berichtssysteme der Universität.

§ 30 Rekurskommission

¹ Die Rekurskommission ist eine weisungsungebundene Instanz, welche für Beschwerden gegen Verfügungen aller inneruniversitären Organe zuständig ist.

² Ihre Mitglieder werden vom Universitätsrat auf eine Amtsdauer von je vier Jahren gewählt und dürfen nicht der Universität angehören.

³ Die Leitung der Rekurskommission obliegt einer Gerichtspräsidentin oder einem Gerichtspräsidenten.

Sechstes Kapitel: Medizin**§ 31 Koordination zwischen der Universität und den leistungserbringenden Spitälern**

¹ Träger der medizinischen Lehre und Forschung ist die Universität, insbesondere die Medizinische Fakultät. Die Leistungen werden sowohl in universitären Departementen und Instituten als auch in den Universitätsspitälern und Spitälern mit universitären Kliniken erbracht.

² Zum Zweck der strategischen Steuerung zwischen der medizinischen Lehre und Forschung einerseits und der medizinischen Dienstleistung andererseits delegieren die Regierungen der Vertragskantone und der Universitätsrat ihre dafür notwendigen Kompetenzen durch übereinstimmende Beschlüsse einem "Steuerungsausschuss Medizin" (SAM).

³ Der SAM besteht aus vier stimmberechtigten Mitgliedern. Er ist paritätisch aus Vertretungen der Vertragskantone und der Universität zusammengesetzt. Er trifft seine Entscheidungen nach dem Einstimmigkeitsprinzip.

⁴ Aufgaben und Kompetenzen des SAM regeln die Regierungen der Vertragskantone und die Universität in einer gesonderten Vereinbarung. Der endgültige Abschluss der Vereinbarung obliegt den Regierungen der Vertragskantone und dem Universitätsrat.

⁵ Zwischen der Universität und den leistungserbringenden Spitälern werden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Diese sind durch den SAM zu genehmigen.

Siebttes Kapitel: Finanzierung, Rechnungswesen, Steuerfreiheit**§ 32 Finanzierung**

¹ Die Universität finanziert ihre Aufwendungen durch:

- a. Beiträge der Vertragskantone;
- b. Beiträge des Bundes;
- c. Beiträge der Herkunftskantone von Studierenden aus Nicht-Vertragskantonen;
- d. nationale, europäische und andere internationale Förderungsmittel;
- e. Gebühren;
- f. Entgelte für Leistungen an Dritte;
- g. Fonds, Schenkungen, Legate und weitere Drittmittel.

² Für einmalige Investitionen können die Vertragskantone der Universität Darlehen zur Verfügung stellen.

³ Dienstleistungen sind grundsätzlich mindestens kostendeckend und zu branchenüblichen Ansätzen zu erbringen.

§ 33 Finanzierungsbeiträge der Vertragskantone

¹ Grundlage für die Ermittlung der Beiträge der Vertragskantone bildet die Vollkostenrechnung der Universität.

² Die Vertragskantone finanzieren die Vollkosten ihrer Studierenden.

³ Das Restdefizit wird unter Berücksichtigung der Erträge der Universität und eines Standortvorteils berechnet und von den Vertragskantonen je zur Hälfte finanziert.

⁴ Die Regierungen der Vertragskantone einigen sich hinsichtlich der Detailregelungen.

⁵ Wird der Leistungsauftrag nicht rechtzeitig erneuert, entrichten die Vertragskantone den letzten jährlichen Finanzierungsbeitrag bis zum Abschluss der Verhandlungen jeweils für ein weiteres Jahr.

§ 34 Finanzkompetenz der Universität

¹ Der Universitätsrat verfügt im Rahmen des Leistungsauftrags über das Budget der Universität.

² Die Universität kann aus Ertragsüberschüssen Rücklagen bilden. Diese sind offen auszuweisen.

³ Die Universität kann Verpflichtungen über die Dauer einer Leistungsauftragsperiode hinaus eingehen, sofern dafür keine Erhöhung des Globalbeitrags nötig ist. Benötigt sie neben dem Globalbeitrag zusätzliche ausserordentliche Mittel, beantragt sie den Regierungen der Vertragskantone ausserordentliche Beiträge gemäss den kantonalen Vorschriften.

§ 35 Rechnungswesen

Das Rechnungswesen der Universität wird nach anerkannten kaufmännischen Grundsätzen und den einschlägigen Regeln der Schweizerischen Universitätskonferenz geführt.

§ 36 Umgang mit Ertrags- und Aufwandüberschüssen

¹ Erzielt die Universität einen Ertragsüberschuss, so wird dieser im Eigenkapital mittels Rücklagen oder freier Reserven auf die Folgejahre vorgetragen.

² Die Leistungsperioden sind jeweils ohne Verlustvortrag abzuschliessen.

§ 37 Steuerfreiheit

Die Universität ist in den Vertragskantonen von allen kantonalen und kommunalen Steuern befreit.

§ 38 Vermögensrechtliche Verantwortlichkeit

¹ Die Universität ist verpflichtet, besondere Risiken zu versichern.

² In Bezug auf die Haftung der Universität für Ihre Mitarbeitenden gegenüber Dritten und die Haftung der Mitarbeitenden gegenüber der Universität gelten sinngemäss die Bestimmungen des Kantons Basel-Stadt über die Haftung des Staates und seines Personals.

³ Aus Forderungen gegenüber der Universität, deren Ursachen vor dem 1. Januar 2007 gesetzt wurden und für die bis zu diesem Datum die Universität oder der Kanton Basel-Stadt haftbar waren, darf dem Kanton Basel-Landschaft keine finanzielle Belastung erwachsen, die über dessen ordentliche Beitragsleistungen hinausgeht.

⁴ Für per 31. Dezember 2006 vorhandene Mängel an Liegenschaften (zum Beispiel Asbest) bleibt der Kanton Basel-Stadt als Eigentümer direkt haftbar, sofern diese nicht durch die übliche Abnutzung oder den Gebrauch durch die Universität entstanden sind und es sich nicht um aus dem Immobilienfonds finanzierte Installationen handelt.

Achtes Kapitel: Immobilien

§ 39 Liegenschaften

¹ Die Vertragskantone tragen im Rahmen des Gesamtbudgets der Universität gemeinsam die laufenden Kosten (betrieblicher Raumaufwand, Kosten für Unterhalt und Veränderung) für die von der Universität genutzten Liegenschaften sowie die Mietabgeltung für die von der Universität genutzten Liegenschaften im Eigentum eines Vertragskantons oder von Dritten.

² Neuinvestitionen ausserhalb des Gesamtbudgets der Universität werden von den Kantonen grundsätzlich je zur Hälfte finanziert. Beiträge Dritter werden vor der Kostenaufteilung in Abzug gebracht.

³ Der Erwerb, die Veräusserung und der Neubau von Liegenschaften durch die Universität bedürfen der Genehmigung der Regierungen der Vertragskantone. Die entsprechenden Kompetenzen der Parlamente bleiben gewährleistet.

⁴ Die Regierungen der Vertragskantone prüfen Optionen von gemeinsamem Eigentum der Vertragskantone oder der Universität an den von der Universität genutzten Liegenschaften.

⁵ Eine gesonderte Vereinbarung enthält weitere Bestimmungen über die Liegenschaften. Der endgültige Abschluss der Vereinbarung obliegt den Regierungen der Vertragskantone.

§ 40 Immobilienfonds

¹ Der Unterhalt und die Veränderungen der Liegenschaften werden vollständig aus einem von der Universität zu führenden, zweckgebundenen Fonds (Immobilienfonds) finanziert. Die Universität führt über den Immobilienfonds separat Rechnung und weist diese im Jahresbericht aus.

² Die Regierungen der Vertragskantone legen den Anteil des Globalbeitrags, der dem Immobilienfonds zugeführt wird, im Leistungsauftrag fest.

³ Der Universitätsrat entscheidet im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Universität und der Zweckbestimmung des Immobilienfonds über die Verwendung des Fonds.

⁴ Soweit die Mittel nicht für die Finanzierung von Unterhalt und Veränderungen benötigt werden, kann der Universitätsrat den Regierungen der Vertragskantone auch Erwerb und Neubau von Liegenschaften aus dem Immobilienfonds beantragen.

⁵ Als beratendes Gremium bestellt der Universitätsrat eine Fachkommission. Deren Zusammensetzung und Aufgaben regelt die Vereinbarung gemäss § 39 Absatz 5.

⁶ Subventionen des Bundes für Investitionen der Universität fliessen in den Immobilienfonds, soweit die Vorhaben aus den Mitteln des Immobilienfonds finanziert wurden.

⁷ In der Vereinbarung gemäss § 39 Absatz 5 konkretisieren die Regierungen der Vertragskantone die Bestimmungen über den Immobilienfonds.

Neuntes Kapitel: Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege

§ 41 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege

¹ Für das Verwaltungsverfahren, namentlich den Erlass von Verfügungen, gilt das Recht des Kantons Basel-Stadt.

² Die Verfügungen der universitären Instanzen können bei der Rekurskommission angefochten werden.

³ Entscheide der Rekurskommission in Examenssachen sind endgültig. Die übrigen Verfügungen können nach den allgemeinen Bestimmungen über die Verwaltungsrechtspflege des Kantons Basel-Stadt an dessen Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

Zehntes Kapitel: Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 42 Ausserkraftsetzung bisheriger Bestimmungen

¹ Dieser Vertrag ersetzt den bisherigen Vertrag vom 30. März 1994¹ zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der Universität Basel (Universitätsvertrag) sowie den Vertrag vom 25./23. September 2003² über die Ausleihe von Liegenschaften im Eigentum des Kantons Basel-Stadt an die Universität und die finanzielle Beteiligung am

¹ GS 32.186, SGS 664.1

² GS 35.195, SGS 664.12

Unterhalt und an Veränderungen der von der Universität genutzten Liegenschaften (Immobilienvertrag).

² Aufgehoben wird zudem § 16 Absatz 2 des Vertrages vom 16. Februar 1998¹ zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitätskinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag).

§ 43 Subsidiäres Recht

Soweit dieser Vertrag und die zu erlassenden Vollziehungsvorschriften keine Regelung enthalten, findet subsidiär und sinngemäss das Recht des Sitzkantons Anwendung.

§ 44 Übergangsbestimmungen betreffend Finanzierung

¹ Der Kanton Basel-Landschaft erhält gemäss § 33 Absatz 3 des vorliegenden Vertrags eine standortbezogene finanzielle Ermässigung zu Lasten des Standortkantons. Diese Ermässigung berechnet sich auf der Basis des Restdefizits und beträgt 10%. Nach zehn Jahren reduziert sie sich auf 5%.

² Der Kostenbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität wird für 2007 auf maximal 127.5 Millionen Franken fixiert.

³ Das Kostendach gemäss Absatz 2 für den Kanton Basel-Landschaft wird durch einen zeitlich befristeten, durch Basel-Stadt zu tragenden höheren Anteil am Restdefizit sichergestellt. Die Abfederung dauert sieben Jahre. Sie ist linear abnehmend.

⁴ Zur Vorfinanzierung der Beiträge des Bundes gemäss dem Universitätsförderungsgesetz stellen die beiden Trägerkantone der Universität per 1. Januar 2007 ein unverzinsliches Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen von je 30 Millionen Franken zur Verfügung. Die Regierungen der Vertragskantone schliessen eine Darlehensvereinbarung ab.

§ 45 Eröffnungsbilanz

¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags wird eine von den Regierungen zu genehmigende Eröffnungsbilanz mit einem Anlagenverzeichnis für die Universität erstellt.

² Für per 1. Januar 2007 bekannte Mängel an Vermögenswerten oder drohende Ansprüche gegen die Universität sind in der Eröffnungsbilanz der Universität entsprechende Rückstellungen zu bilden.

§ 46 Beilegung von Streitigkeiten

¹ Streitigkeiten aus diesem Vertrag zwischen den Vertragskantonen sollen womöglich einvernehmlich beigelegt werden.

¹ GS 33.272, SGS 932.4

² Ist eine einvernehmliche Beilegung einer Streitigkeit nicht möglich, entscheidet ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht endgültig.

³ Die Regierungen der Vertragskantone bezeichnen im Streitfall je eine Richterin oder einen Richter, die zusammen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden bestimmen. Können sie sich nicht einigen, so wird die vorsitzende Richterperson von der Präsidentin oder vom Präsidenten des Schweizerischen Bundesgerichts bestimmt.

§ 47 Vertragsbeginn und Ende

¹ Nach der Genehmigung des Vertrags durch die Parlamente der Vertragskantone¹ und nach Annahme in allfälligen Volksabstimmungen sowie nach der Genehmigung des ersten Leistungsauftrags durch die Parlamente bestimmen die Regierungen der Vertragskantone im gegenseitigen Einvernehmen den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags.

² Der Vertrag gilt ab Inkrafttreten für zwei Leistungsauftragsperioden fest. Anschliessend ist er jeweils auf das Ende einer Leistungsauftragsperiode kündbar. Einigen sich die Vertragskantone nach Ablauf einer Leistungsauftragsperiode nicht auf einen neuen Leistungsauftrag, ist er auf das Ende eines Kalenderjahres kündbar. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre.

³ Im Falle der Kündigung einigen sich die Regierungen der Vertragskantone über die Modalitäten der Auflösung der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel. Dabei ist den bestehenden Verpflichtungen und den Anteilen der von den Kantonen eingebrachten Güter Rechnung zu tragen. Ein allfälliger Auflösungs- und Liquidationserlös wird gemäss dem effektiven Finanzierungsanteil zwischen den Vertragskantonen aufgeteilt.

Liestal, 27. Juni 2006

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Basel-Landschaft
die Präsidentin: Schneider
der Landschreiber: Mundschin

Basel, 27. Juni 2006

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Basel-Stadt
die Präsidentin: Schneider
der Staatsschreiber: Heuss

¹ Vom Landrat am 13. Dezember 2006 genehmigt.

■ Landratsbeschluss betreffend gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel

vom 13. Dezember 2006

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, den Vertrag rückwirkend auf den 1. Januar 2007 in Kraft zu setzen.
3. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft an die Universität Basel vom 27. Juni 2006 wird genehmigt.
4. Der im Leistungsauftrag ausgewiesene Globalbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität für die Jahre 2007 bis 2009 wird in Form eines Verpflichtungskredits im Umfang von 393.7 Millionen Franken zu Lasten Konto Nr. 2539.361.30 bewilligt. Die Auszahlungstranchen betragen 127.5 Millionen Franken für das Jahr 2007, 131.6 Millionen Franken für das Jahr 2008 und 134.6 Millionen Franken für das Jahr 2009. (Dieser Beschluss untersteht dem Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.)
5. Zur Vorfinanzierung der Beiträge des Bundes gemäss Universitätsförderungsgesetz wird der Universität Basel ein unverzinsliches Darlehen von 30 Millionen Franken gewährt. Das Darlehen wird über Konto 2539.361.30 ausbezahlt und über Konto 8010 361.30 (Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben) finanziert. (Dieser Beschluss untersteht dem Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.)
6. Vom Eingang von Erträgen aus der Abgeltung für die klinische Lehre und Forschung in den universitären Kliniken an den Kantonsspitalern

- Bruderholz und Liestal im Umfang von 3.24 Millionen Franken wird Kenntnis genommen (Konto Nr. 2280.454.00 und 2270.454.00).
7. Die Änderung des Bildungsgesetzes wird beschlossen.
 8. Die Motion 2001/023 der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001 betreffend Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird als erledigt abgeschrieben.
 9. Das Postulat 2002/252 von Madeleine Göschke-Chiquet vom 17. Oktober 2002 betreffend Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung wird als erledigt abgeschrieben.
 10. Die Motion 2004/099 der SP-Fraktion vom 22. April 2004 betreffend Zukunftssicherung der Universität (beider) Basel - der Kanton Basel-Landschaft muss zur gemeinsamen Trägerschaft schreiten wird als erledigt abgeschrieben.
 11. Die Interpellation 2004/248 von Etienne Morel vom 23. September 2004 betreffend Universität Basel - quo vadis? wird als erledigt abgeschrieben.
 12. Das Postulat 2004/319 von Anton Fritschi vom 8. Dezember 2004 betreffend partnerschaftliche Geschäfte mit Basel-Stadt - wie weiter? wird als erledigt abgeschrieben.
 13. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt.

Liestal, 13. Dezember 2006

Im Namen des Landrates
die Präsidentin: Schneider-Schneiter
der Landschreiber: Mundschin

■ Erläuterungen des Regierungsrates zur Änderung der Kantonsverfassung (§ 52 Verwandtenausschluss)

Abstimmungsfrage (Stimmzettel 3)

Wollen Sie die **Änderung** vom 2. November 2006 der **Kantonsverfassung** (§ 52 Verwandtenausschluss) annehmen?

Worum es geht ?

Der Bundesgesetzgeber hat im Gesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz) ein neues Rechtsinstitut geschaffen. Mit diesem wird es zwei Personen gleichen Geschlechts ermöglicht, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Der neue Zivilstand lautet: "in eingetragener Partnerschaft". Das Partnerschaftsgesetz, welches in der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 mit 58% Ja-Stimmen angenommen wurde, ist seit dem 1. Januar 2007 in Kraft.

Der Bundesgesetzgeber hat neben der Begründung und der Beendigung auch die Wirkung der eingetragenen Partnerschaft analog der Ehe ausgestaltet. Dies erforderte - neben den Anpassungen auf Bundesebene - auch diverse Änderungen in der kantonalen Gesetzgebung. So hat der Landrat die Anpassungen der kantonalen Gesetze an die Bundesgesetzgebung über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare am 2. November 2006 beschlossen. Durch das deutliche Abstimmungsresultat (69 : 1 bei 4 Enthaltungen) wurde im Landrat das 4/5-Mehr erreicht. Deshalb unterliegen diese Gesetze nicht der obligatorischen Volksabstimmung. Das fakultative Referendum wurde nicht ergriffen, weshalb es über die gesetzlichen Anpassungen - im Gegensatz zur Verfassungsbestimmung - definitiv keine Volksabstimmung gibt.

In der basellandschaftlichen Kantonsverfassung (KV) ist eine Bestimmung an die neuen Regelungen anzupassen. Es handelt sich um § 52 KV. In seiner bisherigen Fassung legt dieser Verfassungsartikel unter dem Titel

"Verwandtenausschluss" die Nichtwählbarkeit von Verwandten, Ehegatten und Verschwägerten in die gleiche kantonale Behörde mit Ausnahme des Landrates fest. In der vorgeschlagenen Änderung wird die bisherige Regelung übernommen und um die verwandtschaftlichen Bindungen, die bei Personen gleichen Geschlechts durch die Eintragung ihrer Partnerschaft neu entstehen, erweitert.

Um beim Verwandtenausschluss eine ungleiche Behandlung von Ehegatten gegenüber den Personen, die in eingetragener Partnerschaft leben, zu verhindern, ist diese Anpassung von § 52 KV notwendig.

Empfehlung des Landrates und des Regierungsrates:

Ja zur revidierten Fassung von § 52 KV

Der Landrat hat der revidierten Fassung von § 52 KV am 2. November 2006 mit 75 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Das Parlament und der Regierungsrat empfehlen Ihnen, sehr geehrte Stimmberechtigte, der revidierten Fassung von § 52 KV ebenfalls zuzustimmen.

Liestal, 16. Januar 2007

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Wüthrich
der Landschreiber: Mundschin

Verfassung des Kantons Basel-Landschaft

Änderung vom 2. November 2006

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹ wird wie folgt geändert:

§ 52 Verwandtenausschluss

Allen Behörden, ausser dem Landrat, dürfen nicht gleichzeitig angehören:

- a. Eltern und Kinder,
- b. Geschwister,
- c. Ehegatten,
- d. Grosseltern und Enkelkinder,
- e. Schwägerinnen und Schwäger,
- f. Schwiegereltern und Schwiegerkinder,
- g. eingetragene Partnerinnen und eingetragene Partner,
- h. Personen in eingetragener Partnerschaft und Geschwister der Partnerin oder des Partners dieser Personen,
- i. Eltern von Personen in eingetragener Partnerschaft und die Partnerin oder der Partner dieser Personen,
- k. Personen in eingetragener Partnerschaft und Kinder der Partnerin oder des Partners dieser Personen.

II.

Diese Änderung bedarf der Gewährleistung durch den Bund.

¹ GS 29.276, SGS 100

III.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Liestal, 2. November 2006

Im Namen des Landrates
die Präsidentin: Schneider
der Landschreiber: Mundschin

Der Regierungsrat und der Landrat empfehlen den Stimmberechtigten, am 11. März 2007 wie folgt zu stimmen:

- Ja** zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel (Stimmzettel Nr. 2)
- Ja** zur Änderung der Kantonsverfassung, §52 Verwandtenausschluss (Stimmzettel Nr. 3)